

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag zur Bewerbung der Stadt Aalen als "Kinderfreundliche Kommune"

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

dass die Stadt Aalen dem Verein „Kinderfreundliche Kommunen“ beitrifft, um an dem gleichnamigen Programm teilzunehmen und das Siegel "kinderfreundliche Kommune" zu erlangen.

Begründung:

Die Kinder sind unsere Zukunft und es ist unsere Verantwortung, eine kinderfreundliche Umgebung zu schaffen, in der sie sich optimal entwickeln können. Das Programm "Kinderfreundliche Kommunen" bietet eine strukturierte Möglichkeit, dies zu erreichen.

Dieses Programm, eine Initiative von UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk, wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Ziel ist es, konkrete Maßnahmen vor Ort umzusetzen, um die Kinderfreundlichkeit unserer Stadt zu stärken und die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene weiter voranzutreiben.

Das Vorhaben erfolgt auf der Grundlage internationaler Standards von UNICEF. Kommunen, welche das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ erhalten möchten, durchlaufen ein festgelegtes, aber gleichermaßen individuell an sie angepasstes Programm und müssen darin auf diese Standards hinarbeiten.

Unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen entwickeln die Kommunen einen Aktionsplan mit verbindlichen Maßnahmen, für den sie das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ erhalten.

Der Auftrag des Programms ist die konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene. Ziel des Vereins ist, Kommunen bundesweit zu unterstützen, ihre kommunalen Angebote, Planungen und Strukturen im Sinne der Kinderrechte zu verbessern und die UN-Kinderrechtskonvention bekannter zu machen.

Der Verein begleitet die Kommunen bei allen Schritten durch das Verfahren.

Im Einzelnen erbringt er folgende Leistungen:

- Erstellung einer externen Analyse aller Standortfaktoren Ihrer Kommune, die Kinder und Jugendliche betreffen.
- Durchführung einer Befragung unter Kindern und Einbindung ihrer Perspektive in den weiteren Prozess.
- Erstellen passgenaue Empfehlungen
- Erstellung individueller Empfehlungen für einen Aktionsplan.
- Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung der darin festgelegten Maßnahmen.
- Stellung eines interdisziplinären Teams aus Expertinnen und Experten, auf die im gesamten Prozess zurückgegriffen werden kann.
- Auszeichnung für den beschlossenen Aktionsplan mit einem international anerkannten Siegel, das im Auftrag der beiden Träger UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk vergeben wird,
- Fortbildung „Kinderrechte im Verwaltungshandeln“ um Kinderrechte noch besser in der Verwaltung zu verankern.
- Bildung eines kommunalen Netzwerks für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch für alle Kommunen mit internationaler Vernetzung.

Das Programm hat eine Laufzeit von 4 bis 5 Jahren. Die Stadt hätte einen finanziellen Beitrag von 14.000 Euro pro Jahr zu leisten. Für die Koordination des Vorhabens müssen Personalressourcen vor Ort zur Verfügung gestellt werden. Weitere Kosten sind für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Aktionsplan, für die lokale Öffentlichkeitsarbeit und für Veranstaltungen einzuplanen.

Michael Fleischer

Gabriele Ceferino